

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am
24.06.2021

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Jansen, Franz-Michael

Der stellvertretende Vorsitzende:

Horst, Ulrich

Kreistagsmitglieder:

Eßer, Herbert

Kehren, Hanno, Dr.

(als Vertreter für Gassen, Guido)

Kurth, Waltraud

Peters, Willi

Schiefer, Roland, Dr.

Schmitz, Ferdinand, Dr.

Schmitz, Josef

Schulze, Dirk

Spenrath, Jürgen

Thelen, Friedhelm

(als Vertreter für Dahlmanns, Erwin)

van den Dolder, Jörg

Wagner, Klaus, Dr.

Sachkundige Bürger:

Kassel, Stefan

Von der Verwaltung:

Lind, Reinhold

Kapell, Günter

Weuthen, Johannes

Borchardt, Holger, Dr.

Dismon, Norbert

Friedsam, Elke

Küppers, Dirk

Welzel, Lisa

Abwesend:

Kreistagsmitglieder:

Dahlmanns, Erwin

Gassen, Guido

Beratende Mitglieder:

Krienke, Hans-Peter

Anfang: 18:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel versammelt sich heute im großen Sitzungssaal, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Förderprojekt Raderlebnis RUR
2. Klimaschutzaktivitäten im Kreis Heinsberg
3. Agro-Photovoltaik im Kreis Heinsberg
4. Entsorgung der Abfälle in kommunaler Verantwortung sowie Stilllegung und Nachsorge der ehemaligen Kreismülldeponien
5. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021 gemäß § 5 der Geschäftsordnung: Jährlicher Bericht zum Klimaschutzmanagement im Kreis Heinsberg
6. Bericht der Verwaltung
7. Anfrage der FW-Kreistagsfraktion vom 17.06.2021 gemäß § 12 der Geschäftsordnung:
Lastenfahrräder, Beschluss des Ausschusses vom 21.11.2019

Nichtöffentliche Sitzung:

8. Transport und Entsorgung von Rest- und Sperrmüll im Kreis Heinsberg für die Zeit ab dem 01.04.2022
9. Bericht der Verwaltung
10. Anfragen

Der Ausschussvorsitzende, Franz-Michael Jansen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und den Pressevertreter. Er teilt mit, dass die FW-Kreistagsfraktion am 17.06.2021 eine Anfrage nach § 12 der Geschäftsordnung betr. „Lastenfahrräder, Beschluss des Ausschusses vom 21.11.2019“ eingereicht hat. Diese Anfrage liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Vor Eintritt in die Beratung stellt Ausschussvorsitzender Jansen die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest. Ergänzungen oder Änderungen der Tagesordnung werden seitens des Fachausschusses nicht gewünscht.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Förderprojekt Raderlebnis RUR

Beratungsfolge: 24.06.2021 Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
--

Finanzielle Auswirkungen:	580.000,00 €
Eigenanteil:	115.000,00 €

Leitbildrelevanz:	7,9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 08.09.2015 wurde die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Kreis Düren und der StädteRegion Aachen in einem Wettbewerbsverfahren einen Antrag auf Gewährung von Fördermitteln zum Projekt „Raderlebnis RUR“ zu erarbeiten. Grundlage für die Förderung im Rahmen des Projektauftrages „Erlebnis.NRW – Tourismuswirtschaft stärken“ ist das Operationelle Programm EFRE NRW 2014 - 2020. Zu diesem Zweck trat der Kreis Heinsberg dem Grünmetropole e.V. bei.

Der Antrag wurde mit Schreiben vom 17.03.2017 bewilligt. Der Durchführungszeitraum erstreckt sich vom 01.04.2017 bis 30.06.2021. Im Rahmen des Förderprojektes wurden bspw. Wegeabschnitte optimiert und Rast- und Erlebnisorte geschaffen. Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit bilden weitere Bausteine des Projektes, um das touristische Potenzial zu erhöhen und hierdurch kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) zu unterstützen. Zuletzt wurde in der Sitzung vom 03.09.2019 über das Förderprojekt berichtet.

Die Verwaltung wird in der Sitzung zum Stand der Arbeiten gegen Ende des Projektes vortragen.

In der Sitzung informiert Sachgebietsleiter Dr. Borchardt zunächst über die Rahmendaten zum EFRE-Projekt „Raderlebnis RUR“, ehe er näher auf die einzelnen Projektbausteine, das neue Logo, Fotoshootings sowie Rast- und Erlebnisorte, Zählstellen, touristische Beschilderung und Rettungspunkte eingeht. Besonders weist er auf die Eröffnung am 18.06.2021 und die erfolgreiche Zertifizierung zum 4*-Radweg hin. Die Präsentation ist der Niederschrift in der Anlage beigefügt. Im Anschluss an den Vortrag ergreift Ausschussmitglied Dr. Schmitz das Wort und teilt mit, dass dieser Radweg ein echter Zugewinn für den Kreis darstellt, auf den man stolz sein kann. Sein Dank gilt auch der Verwaltung. Es wäre wünschenswert, alle anderen Radwege so auszubauen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt den Bericht der Verwaltung zum Stand des Förderprojektes „Raderlebnis RUR“ zur Kenntnis.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Klimaschutzaktivitäten im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge: 24.06.2021 Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel	
Finanzielle Auswirkungen:	ja
Leitbildrelevanz:	6
Inklusionsrelevanz:	nein

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 13.08.2020 wurden diverse Klimaschutzaktivitäten vorgestellt. Zudem wurde am 25.03.2021 über die Sachstände berichtet, so z. B. über das betriebliche Mobilitätsmanagement, über den Ideenwettbewerb an Schulen und über das Beitritts-gesuch zum AGFS NRW e.V.

Die Klimaschutzmanagerin für den Kreis Heinsberg wird in der Sitzung aktuelle Aktivitäten vorstellen und Sachstände wie z. B. zur Kreisklimakonferenz und zum STADTRADELN sowie die Ergebnisse der CO₂-Bilanz präsentieren.

In der Sitzung berichtet Frau Welzel über die Themen „Betriebliches Mobilitätsmanagement für die Kreisverwaltung“, „STADTRADELN im Kreis Heinsberg“ und „Ideenwettbewerb an Schulen, AGFS und Kreisklimakonferenz“. Auf die CO₂-Bilanz des Kreises Heinsberg 2017 und 2018 geht Frau Welzel in ihrem Vortrag besonders ein und informiert über die Umstellung der Erhebungsmethodik vom Verursacherprinzip (EcoSpeed) auf das Territorialprinzip (Umstellung auf Klimaschutzplaner). In der anschließenden Diskussion moniert Ausschussmitglied Spenrath die aus seiner Sicht erhebliche Schwäche im System bei der Erfassung mit der Methode Klimaschutzplaner. Frau Welzel erläutert, dass diese Methode Klimaschutzplaner bundesweit angewandt wird. Da jeder Kreis eine eigene Bilanz erstellt, wird bundesweit alles erfasst. Ausschussmitglied van den Dolder weist darauf hin, dass man im Sinne der Einheitlichkeit der Methodik im gesamten Bundesgebiet nicht daran vorbeikommt, die Methode Klimaschutzplaner anzuwenden. Ausschussvorsitzender Jansen schließt die Diskussion mit der Aussage ab, dass jeder einzelne Einfluss auf die CO₂-Bilanz nehmen kann.

Ausschussvorsitzender Jansen weist an dieser Stelle auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021 zum Thema „Jährlicher Bericht zum Klimaschutzmanagement im Kreis Heinsberg“ hin, der unter TOP 5 behandelt werden soll. Ihm ist es unverständlich, weshalb ein solcher Antrag gestellt wird, obwohl die Verwaltung bereits im Klimaschutzkonzept aufgefordert ist, 1 x im Jahr zu berichten und obwohl sich auch der Fachausschuss regelmäßig mit dem Thema beschäftigt. Ausschussmitglied Peters teilt mit, dass der Antrag initiiert wurde, um die Kontinuität der Beschäftigung mit diesem Thema abzusichern. Ausschussvorsitzender Jansen erklärt daraufhin, dass sich der Ausschuss nun doch mit dem Antrag unter TOP 5 beschäftigen muss.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Agro-Photovoltaik im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge: 24.06.2021 Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel	
Finanzielle Auswirkungen:	nein
Leitbildrelevanz:	6
Inklusionsrelevanz:	nein

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 25.03.2021 wurde hinsichtlich des Antrages der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.12.2020 zum Thema „AgroPhotovoltaik“ beschlossen, dass die Verwaltung die Möglichkeiten für den Einsatz dieser Technik im Kreis Heinsberg prüft.

Entsprechend dem Antrag wurde das Thema aus dem Blickwinkel verschiedenster Umweltbereiche beleuchtet und auch die Landwirtschaftskammer kontaktiert. Außerdem wurde ein Gespräch mit einem in diesem Segment tätigen renommierten Unternehmen geführt, das auch über internationale Erfahrungen verfügt.

In der Summe kommt die Verwaltung zu der Einschätzung, dass Agro-PV in der Tendenz vorrangig in Kombination mit Sonderkulturen möglich sein wird und wohl eher die Ausnahme bleiben wird.

Die Landwirtschaftskammer NRW (Kreisstelle Heinsberg-Viersen) weist auf die deutlich höhere Wertschöpfung aus der Photovoltaik gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung hin und auch darauf, dass die Bewirtschafter in weniger als der Hälfte der Fälle Eigentümer der Flächen sind. Profitieren würden in der Regel die Eigentümer und die Betreiber der PV-Anlagen, die meist ebenfalls keine aktiven Landwirte sind. Man sieht es nicht als generelle Win-Win-Situation an, wenn man landwirtschaftliche Flächen vergleichsweise extensiv mit PV-Modulen bestückt, um eine hybride Nutzung zu ermöglichen, sondern favorisiert reine und damit intensivere Nutzungsformen. Es stelle sich doch die Frage, warum man eine Fläche mit weniger PV-Modulen als möglich bestücken sollte, bei gleichem Erschließungsaufwand, wenn die Wertschöpfung aus der Stromproduktion doch die aus der Landwirtschaft bei weitem überwiege. Viele Kulturen bedürfen auch der vollen Besonnung, um die entsprechenden Qualitäten für den Markt zu produzieren. Grundsätzlich ablehnend steht die Landwirtschaft der Bestückung von Ackerflächen gegenüber. Hier würden die Nachteile für den Bewirtschafter überwiegen, durch Mindererträge und auch durch die vielen Hindernisse, die es mit Erntemaschinen zu umfahren gilt. Denkbar sei allerdings Agro-PV bei Dauerkulturen, wie z. B. Obstplantagen, bei denen ohnehin teilweise Beschattungen erforderlich sind. Der Landwirtschaftskammer NRW ist also eine differenzierte Betrachtung nach landwirtschaftlichen Nutzungsformen der Flächen wichtig. Aufgrund vielfacher Standortalternativen außerhalb landwirtschaftlicher Flächen werden Agro-PV grundsätzlich kritisch gesehen.

Aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege wird auch hier die Notwendigkeit gesehen, ähnlich wie bei der Windenergie, Bereiche als Tabuflächen zu definieren. Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Leistung von 1 Gigawatt im Bereich des rheinischen Reviers hätte bei intensiver Bestückung von Freiflächen mit PV-Modulen bereits ein Flächenerfordernis von ca. 10 km². Für Agro-PV fehlt es derzeit auch an einem rechtlichen Rahmen etwa hinsichtlich der Landesplanung. Es sollte eine Priorisierung geben, die zuerst bereits versiegelte Flächen, insbesondere Dachflächen erfasst, danach Konversionsflächen wie z. B. die ehemaligen Deponien. Auch die teilweise Bestückung mit PV von im Kreis vielfach vorhandenen Baggerseen wäre grundsätzlich denkbar und auch mit dem Naturschutz in Übereinstimmung zu bringen.

Auch aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit ist die vorrangige Bestückung von bereits versiegelten Flächen oder Dachflächen ebenfalls sinnvoller, da landwirtschaftliche Nutzflächen in Deutschland ein knappes Gut sind. Jedes durch die Beschattung von Agrarflächen hier nicht produzierte Megajoule an Energie muss letztlich in der globalisierten Welt anderswo produziert werden, was nicht zuletzt am anderen Ende der Kette die Umwandlung nicht landwirtschaftlich genutzter Flächen - wie Regenwälder - in landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Folge haben könnte. Es sprechen also viele Aspekte dafür, Agro-PV hinsichtlich der Nachhaltigkeit zu hinterfragen.

Was die kreiseigenen Flächen betrifft, so beabsichtigt die Verwaltung, Möglichkeiten zu skizzieren, welche Flächen z. B. für Freiflächen-PV unter Einhaltung der o. g. Kriterien unter Umständen zur Verfügung gestellt werden könnten. Neben den ehemaligen Deponien wären z. B. Retentionsflächen entlang der EK 5 OU Kirchhoven auf ihre Geeignetheit zu überprüfen.

Weitere Ausführungen erfolgen in der Sitzung.

In der Sitzung informiert Sachgebietsleiter Dismon in Form einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift in der Anlage beigefügt ist, umfassend zum Thema. Ausschussvorsitzender Jansen bedankt sich für den Vortrag. Ausschussmitglied Horst teilt mit, dass es nie Ansinnen seiner Partei war, den flächendeckenden Ausbau von Agro-Photovoltaik zu betreiben bzw. Agrarflächen großflächig mit Agro-Photovoltaik zu bestücken. Es sollen jedoch die zusätzlichen Möglichkeiten aufgezeigt werden, denn es gibt genügend landwirtschaftliche Produkte, bei deren Anbau Agro-Photovoltaik denkbar ist. Ausschussmitglied Sperrath schließt sich der Sichtweise der Landwirtschaftskammer an. Ausschussmitglied Schmitz, der den Vortrag von Sachgebietsleiter Dismon lobt, schlägt vor, das Thema weiterhin im Fokus zu halten und zu verfolgen, wie es im Bereich des Einsatzes von Agro-Photovoltaik weitergeht.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Entsorgung der Abfälle in kommunaler Verantwortung sowie Stilllegung und Nachsorge der ehemaligen Kreismülldeponien

Beratungsfolge: 24.06.2021 Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
--

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	1
--------------------------	---

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Die Entsorgung der Abfälle liegt in der Verantwortung des Kreises und ist Teil der gesetzlich festgelegten Zuständigkeit als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (öRE), gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen.

Die kreisangehörigen Kommunen sind für die Sammlung zuständig und organisieren somit die Erfassung der Abfälle in ihrem Gebiet. Der Kreis übernimmt diese Abfälle und führt diese einer geordneten Verwertung oder Beseitigung zu.

Daneben obliegt dem Kreis die Stilllegung und Nachsorge der ehemaligen Kreismülldeponien in Wassenberg-Rothenbach und Gangel-Hahnbusch.

In der Ausschusssitzung wird über den aktuellen Sachstand der Aufgabenwahrnehmung berichtet.

Bevor Sachgebietsleiter Weuthen mit seinem Vortrag beginnt, erklärt Ausschussvorsitzender Jansen, dass es ihm vorrangig darum geht, die neuen Ausschussmitglieder in den Status quo zu versetzen. Aus diesem Grund hat er Sachgebietsleiter Weuthen gebeten, einen Vortrag vorzubereiten und den Ausschussmitgliedern einen entsprechenden Überblick zu verschaffen. Der Vortrag kann auch als Rüstzeug betrachtet werden, um zu einem späteren Zeitpunkt über Ausschreibungen zu diskutieren. Im Anschluss informiert Sachgebietsleiter Weuthen ausführlich zum Thema und veranschaulicht seinen Vortrag mit einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift in der Anlage beigefügt ist. Im Anschluss beantwortet Sachgebietsleiter Weuthen Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021 gemäß § 5 der Geschäftsordnung: Jährlicher Bericht zum Klimaschutzmanagement im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:

24.06.2021 Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 24.06.2021 als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 10.06.2021 verwiesen.

Ausschussvorsitzender Jansen erteilt Ausschussmitglied Peters das Wort, der den Antrag begründet. Ausschussmitglied Peters macht deutlich, dass es nicht um Kritik an der Verwaltung geht, sondern darum, die Kontinuität der Beschäftigung mit dem Thema abzusichern. Ausschussmitglied Peters macht den Vorschlag, den Antrag zurückzuziehen, wenn 1 x pro Jahr ein Bericht erfolgt. Ausschussvorsitzender Jansen verspricht ausdrücklich und „aus vollem Herzen“, dass dieses Thema jährlich auf die Tagesordnung der Fachausschusssitzung gesetzt wird. Aufgrund dieses Versprechens zieht Ausschussmitglied Peters den Antrag zurück und Ausschussvorsitzender Jansen sieht diesen Schritt als Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

Ausschussmitglied Spenrath weist darauf hin, dass der jährliche Bericht auch die CO₂-Bilanz beinhaltet. Aufgrund des Methodenwechsels bei der Erfassung gibt es keine direkte Vergleichbarkeit der CO₂-Daten in den letzten 10 Jahren. Er fragt an, ob die CO₂- Bilanz der letzten 10 Jahre nochmal mit der neuen Erfassungsmethode erstellt werden kann. Frau Welzel teilt mit, dass dies mit erheblichem Aufwand theoretisch möglich wäre. Ausschussvorsitzender Jansen bittet Frau Welzel, in der nächsten Sitzung eine Einschätzung darüber abzugeben.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 6:

Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel in der öffentlichen Sitzung zu nachfolgenden Punkten (Dezernent Lind-TOP 6.1 / Sachgebietsleiter Dismon-TOP 6.2):

6.1 Gemeinsames Positionspapier der Metropolregion Rheinland zum ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW

Der Arbeitskreis Verkehr und Infrastruktur des Metropolregion Rheinland e.V. (MRR) hat ein Positionspapier (Anlage als PDF) zum ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW erstellt. Das Papier enthält u. a. wichtige Schienenprojekte in der Region (z. B. Westspange Köln, Mönchengladbach S8 -Ausbau und Verlängerung). Der MRR e.V. hat in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des AK Verkehr und Infrastruktur folgenden Textentwurf den Mitgliedskommunen zur Information ihrer zuständigen politischen Gremien erstellt:

„Für die 2017 von 35 Städten, Kreisen und Verbänden aus der Region gegründete Metropolregion Rheinland (MRR) ist „Mobilität“ eines der großen Kernthemen. In dem entsprechenden Arbeitskreis Verkehr und Infrastruktur (AK VI) werden die speziellen Herausforderungen diskutiert und bearbeitet.

Nicht nur die besondere Topografie der Rheinschiene prägt die MRR. Das Gebiet zwischen den Kreisen Kleve und Euskirchen sowie zwischen Aachen und dem Oberbergischen Kreis stellt sich als sehr großer, heterogener Raum mit ganz unterschiedlichen Siedlungs- und Gewerbestrukturen, Funktionsteilungen und einer starken, mehrkernigen Verdichtung mit entsprechendem Umland dar. Hinzu kommt eine zentrale Lage in den transeuropäischen Verkehrsnetzen.

Dadurch entstehen für die rheinländische Verkehrsinfrastruktur bzw. die Mobilität im Rheinland sehr enge Verflechtungen und vielfältige Wechselwirkungen mit großer Dynamik. Die Verkehrsinfrastruktur ist dementsprechend in höchstem Grad beansprucht, dabei stark überaltert und abgenutzt (Sanierungsstau). Verkehrspolitik und Mobilitätsstrategien haben im eher ländlich geprägten Raum aufgrund unterschiedlicher Bedarfe und Rahmenbedingungen für Lösungsansätze außerdem andere Schwerpunktsetzungen als in den Ballungsräumen. Unterm Strich potenzieren sich die Problemlagen (Kapazitätsengpässe, Überlastungen, Umweltauswirkungen, unüberschaubare Wechselwirkungen) und führen zu einzigartigen Mobilitäts-Herausforderungen in der MRR.

Ein attraktiver, in der Fläche funktionierender, auf die individuellen, regionalen Bedarfe ausgerichteter ÖPNV ist deshalb für die MRR elementar. Er entlastet das Gesamtsystem und trägt die Verkehrswende im Kontext neuer und flexibler Mobilitätsformen als Rückgrat mit.

Eine wichtige Rolle für die Finanzierung von Modernisierung und Ausbau spielt der ÖPNV-Bedarfsplan NRW. Der letzte, noch gültige wurde 2006 aufgestellt und basiert auf inzwischen veralteten Daten.

Das Verkehrsministerium in Düsseldorf stellt daher einen neuen ÖPNV-Bedarfsplan für das Land auf. Alle größeren Maßnahmen für streckenbezogenen Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur, die aus Landessicht relevant sind und daher in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen, werden in diesem Plan aufgeführt.

Bereits 2015 hat eine breite Abfrage sowie Beteiligung der Regionalräte stattgefunden, woraus eine lange Liste an gemeldeten Maßnahmen hervorging. Der Vertrag zur grundlegenden Landesverkehrsuntersuchung 2030 samt Erstellung des ÖPNV-Bedarfsplans 2017 wurde je-

doch aus methodischen Gründen aufgelöst. Dies hat erhebliche Verzögerungen nach sich gezogen.

Nach einer Neubeauftragung befindet sich derzeit noch das multimodale Landesverkehrsmodell 2035 im Aufbau. Es ist Voraussetzung für die Bewertung der Maßnahmen, so dass mit einer Fertigstellung des neuen ÖPNV-Bedarfsplans nicht vor 2023 zu rechnen ist.

Wichtig ist, die ÖPNV-Projekte auch in diesem Vakuum weiter unterstützend voranzutreiben. Der AK VI der Metropolregion Rheinland hat deshalb eine begleitende Positionierung in Form einer gemeinsamen interkommunalen Stellungnahme zum ÖPNV-Bedarfsplan beschlossen.

Mit der Erstellung wurde das Kölner Büro MUST Städtebau GmbH beauftragt. In enger Abstimmung mit dem Arbeitskreis wurde das Papier in mehreren Monaten erarbeitet und im Mai 2021 veröffentlicht. Vordergründig dient das Positionspapier dazu, das Verkehrsministerium NRW samt Gutachterkonsortium von der Wichtigkeit und überregionalen Relevanz der Maßnahmenanmeldungen auf MRR-Gebiet zu überzeugen. Das Papier soll darüber hinaus aber auch das Bewusstsein für die besonderen Problemlagen bei den Entscheidungsträgern innerhalb der MRR schärfen und die integrative Denkweise für die große und diverse Region fördern.

Das Papier stellt die besonderen Rahmenbedingungen und Herausforderungen des Raums dar, formuliert übergeordnete, auf die Metropolregion bezogene ÖPNV-Ziele sowie inhaltliche Schwerpunktthemen und leitet daraus Forderungen ab. Die hierzu passenden Maßnahmenbündel wurden herausgestellt und anhand von Beispielen veranschaulicht.“

Anhang: POSITIONSPAPIER der MRR zum ÖPNV-BEDARFSPLAN NRW, Mai 2021

6.2 Natur-Landschaft-Wasserbau

Die folgenden Projekte wurden in den vergangenen Monaten durchgeführt bzw. stehen unmittelbar an:

- Die Entsiegelung des Rodebachs auf einer Länge von ca. 950 m in Höhe der Ortslage Süsterseel wurde umgesetzt. Es werden Fotos vor, während und nach der Bauphase bis hin zu aktuellen Fotos gezeigt.
- Die Maßnahmen zur Entsiegelung von Pflasterflächen im Umfeld der Kreisverwaltung wurden im Winter durchgeführt. Auch hier werden Fotos von der Baumaßnahme gezeigt.
- Die ersten 7 von über 30 geplanten Feldgehölzen in der Ruraue wurden neu angelegt. Es werden Luftbilder mit einer Übersicht über die Gesamtmaßnahme gezeigt und Fotos von der Ausführung im Frühjahr und aktuelle Fotos.
- Es wird auf den soeben vollendeten freiwilligen Landtausch untere Rurniederung II eingegangen, der am 10. Juni rechtskräftig wurde. Hier werden Karten mit den eingetauschten Parzellen gezeigt.
- Die Renaturierung der Rodebachs in dem Abschnitt zwischen Wehr und Tüddern steht unmittelbar bevor. Mit dem Beginn der eigentlichen Bauarbeiten wird Anfang Juli gerechnet. Im Winter wurde das Baufeld freigeräumt und anschließend fand die Untersuchung auf Kampfmittel statt. Auch hier werden Fotos von den bereits durchgeführten Maßnahmen sowie ein Luftbild gezeigt.
- Unmittelbar bevor steht auch die Ansaat von Blühwiesen mit Schwerpunkt in der Rurniederung, mit der im Spätsommer begonnen werden soll. Hier werden Fotos von bereits durchgeführten Maßnahmen der vergangenen Jahre gezeigt, um das Prinzip der Anreicherung der Wiesen zu verdeutlichen. Die Ansaat soll von den jeweiligen Bewirtschaftern gegen Entgelt durchgeführt werden, um eine möglichst hohe Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erreichen.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 7:

**Anfrage der FW-Kreistagsfraktion vom 17.06.2021 gemäß § 12 der Geschäftsordnung:
Lastenfahrräder, Beschluss des Ausschusses vom 21.11.2019**

Beratungsfolge:

24.06.2021 Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Es wird auf die als Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel ausliegende Anfrage der FW-Kreistagsfraktion gem. § 12 Gescho betr. „Lastenfahrräder, Beschluss des Ausschusses vom 21.11.2019“ vom 17.06.2021 verwiesen.

Die Anfrage wird von Dezernent Lind wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Ist dieses Lastenfahrrad angeschafft worden?

Antwort:

Nein

Frage 2:

Ist ein anderes Lastenfahrrad angeschafft worden?

Antwort:

Ja, stattdessen ist ein Riese und Müller Multicharger Mixte GT angeschafft worden.

Frage 3:

Wenn eines der beiden Lastenfahrräder angeschafft wurde, wie häufig wird dieses von Mitarbeitern der Kreisverwaltung genutzt?

Antwort:

Das Lastenfahrrad wird durchschnittlich 2-3 Mal pro Monat von Bediensteten des Kreises genutzt.

Frage 4:

Erfolgt die Nutzung ausschließlich zum Lastentransport oder auch für sonstige Dienstfahrten? Wenn ja, wie ist der Anteil?

Antwort:

Der Einsatz des Lastenfahrrads erfolgt zum Lastentransport, aber auch für sonstige Dienste. Der Anteil an sonstigen Dienstfahrten kann nicht ermittelt werden.

Frage 5:

Sind Reparaturen bei dem Rad angefallen? Wenn ja, welche? Wie sind die Wartungsintervalle?

Antwort:

Bislang waren keine Reparaturen am Rad notwendig.

Frage 6:

Welche Kilometerleistung ist mit dem Rad bisher erreicht worden?

Antwort:

Das Rad ist bislang (Stand: 18.06.2021) ca. 120 Kilometer gefahren worden.

Frage 7:

Wie sind die allgemeinen Erfahrungen, die die Nutzer mit dem Rad gemacht haben?

Antwort:

Die Erfahrungen der Bediensteten, die das Lastenfahrrad genutzt haben, waren durchweg positiv.

Franz-Michael Jansen
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt, Klima, Verkehr
und Strukturwandel

Günter Kapell
Schriftführer